

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland und Europa stehen vor großen geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, haben jedoch zugleich die Chance, diese erfolgreich zu bewältigen und den Grundstein für einen neuen, kraftvollen wirtschaftlichen Aufschwung zu legen. Auch wir als Google Deutschland möchten uns als verlässlicher und engagierter Partner für Politik und Wirtschaft aktiv einbringen und unseren Beitrag für und in Deutschland weiter verstärken.

Für die Koalitionsverhandlungen wünschen wir Ihnen viel Erfolg und gutes Gelingen. Wir erlauben uns, fünf Punkte hervorzuheben, die unserer Meinung nach für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung sind:

- 1. Wettbewerbsfähigkeit und digitale Zukunftstechnologien müssen zusammengedacht werden. Künstliche Intelligenz kann der größte Wachstumstreiber für Deutschland werden - wenn sie mitgedacht, gefördert, priorisiert und nicht überreguliert wird.**
- 2. Deutschland muss sich auch in der Digitalwirtschaft für Bürokratierückbau einsetzen - vor allem in Europa. Datenschutz muss zum Chancenermöglicher werden.**
- 3. Rechtssicherheit gewährleisten bedeutet auch: Einsatz für einen ausgewogenen Urheberrechtsrahmen, das Zurückdrängen von Desinformation und den Schutz der Meinungsfreiheit.**
- 4. Deutschland braucht eine starke digitale Infrastruktur. Das erfordert Investitionen in modernste Netze, Cloud und Rechenzentren. Und es braucht digitale Partnerschaften: Europäische Souveränität und transatlantische Kooperation sind zwei Seiten einer Medaille.**
- 5. Deutschland braucht globale Talente. Um im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe zu bestehen, sind schnellere Visaverfahren, steuerliche Anreize und attraktive Rahmenbedingungen für Startups essenziell.**

Im angehängten Dokument gehen wir auf diese Punkte näher ein. Dort finden Sie zudem Hinweise zu konkreten Regelungsvorhaben wie dem AI Act (KI-Verordnung), dem Digital Services Act (DSA) und dem Digital Markets Act (DMA), zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO/GDPR), der Urheberrechtsrichtlinie (EUCD), dem Digital Fairness Act und Digital Networks Act, zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), zu Digitaler Souveränität, zur Multi-Cloud, zum Energieeffizienzgesetz, u.v.m.

Sollten Sie zu bestimmten Themen Fragen haben, können Sie jederzeit auf uns zukommen.

1. **Wettbewerbsfähigkeit und digitale Zukunftstechnologien müssen zusammengedacht werden. Künstliche Intelligenz kann der größte Wachstumstreiber für Deutschland werden - wenn sie mitgedacht, gefördert, priorisiert und nicht überreguliert wird.**

 - Deutschland kann und muss gleichzeitig **führendes Industrieland und Innovationszentrum** für Digitalisierung werden.
 - Kompetenzen und Budgets müssen gebündelt werden – etwa in einem **Digitalministerium**. Auch sollte die **Bundesnetzagentur** zentraler Ansprechpartner unter der KI-Verordnung werden. Eine solche Bündelung von weiteren Kompetenzen bei der Bundesnetzagentur ist vor dem Hintergrund des interdisziplinären Charakters der Digitalisierung zu begrüßen.

2. **Deutschland muss sich auch in der Digitalwirtschaft für Bürokratierückbau einsetzen - vor allem in Europa. Datenschutz muss zum Chancenermöglicher werden.**

 - Regeln, die auf europäischer Ebene mit Geltung für alle 27 Mitgliedstaaten beschlossen werden, müssen in Deutschland entsprechend und **auf das Erforderliche beschränkt umgesetzt** werden (kein Goldplating). In besonderem Maße sind hier die vorliegenden Umsetzungen zur **KI-Verordnung** (AI Act) und dem e-Evidence-Paket zu nennen.
 - Die im Sondierungspapier geforderte **Rücknahme von Bürokratie** muss ein starkes Einsetzen der Bundesregierung in Europa zwingend zur Folge haben, sonst werden nationale Rückbau-Erfolge schnell wieder einkassiert. Dies betrifft insbesondere die Inkonsistenzen und Überlappungen von mehr als fast 100 neuen technologieorientierten EU-Gesetzen, die es vor neuen regulatorischen Ideen aufzulösen gilt.
 - Bestehende Gesetze, Verordnungen und Vorgaben mit Fokus auf die Digitalwirtschaft müssen demnach **auf ihre Effizienz überprüft** werden. Wenn sich im Zuge einer solchen Überprüfung zeigt, dass nationale Regulierung unnötige Komplexität schafft, muss sie kritisch hinterfragt werden. Dies gilt insbesondere für das nur in Deutschland bestehende Regelwerk des **§ 19a GWB** (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen), der zusätzlich zum europäischen **Digital Markets Act** (DMA) existiert.
 - Deutschland und Europa müssen ihre KMU, Start-ups und auch größeren Unternehmen in die Lage versetzen, zu wachsen und ein globales Publikum zu erreichen. Eine **fragmentierte Praxis der Datenschutzaufsicht** zwischen den Bundesländern, aber auch innerhalb der EU, schafft Hindernisse für Innovation und Wachstum. Als Basis für ihren Erfolg nutzen hiesige Unternehmen auch die Angebote großer internationaler Digitalunternehmen (Cloud-Infrastruktur, Online-Werbung, Kollaborationssoftware etc). Hiesige Spieler müssen weiter zur vollen Bandbreite technologischer Innovation Zugang haben - um darauf ihr Wachstum konkurrenzfähig aufbauen zu können. Regulierung darf nicht dazu führen, dass die Auswahl an Spitzentechnologie für Konsumenten und Unternehmen im EU-Binnenmarkt kleiner ist als außerhalb. Eine Auferlegung noch strengerer Verpflichtungen (asymmetrische Regulierung) nur für große Unternehmen widerspricht dem beabsichtigten Zweck der Datenschutz-Grundverordnung. Dies führt zu einer Situation, in der die europäischen Nutzer, je nachdem, wer ihre Daten verarbeitet, unterschiedliche Datenschutzniveaus haben. Beim Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung dürfen daher keine Abstriche aufgrund von Unternehmensgrößen gemacht werden.
 - Stattdessen sollte sich die Bundesregierung in Europa für ein echtes **Datennutzungsrecht** einsetzen und weitere Regulierungsvorschläge für die (Digital-)Wirtschaft kritisch begleiten, dies gilt insbesondere für den **Digital Fairness Act**. Deutschlands und Europas digitale Zukunftsfähigkeit steht und fällt mit der verantwortungsvollen Nutzung des "Datenschatzes" im gesamten Spektrum: zum Vorteil von Verbraucherinnen und Verbrauchern bis hin zu datenbasierten Wertschöpfungspotenzialen im industriellen Bereich. Datenschutz kann so gestaltet werden, dass **Wachstumschancen** genutzt und nicht verhindert werden.

- Mit seinen 17 Landesdatenschutzbehörden stellt Deutschland im Vergleich zu europäischen Partnerländern die Ausnahme. Deshalb sollten die **unterschiedlichen Datenschutzkompetenzen beim Bund zentralisiert** werden, damit Unternehmen nicht mehr vor einem Flickenteppich stehen.

3. Rechtssicherheit gewährleisten bedeutet auch: Einsatz für einen ausgewogenen Urheberrechtsrahmen, das Zurückdrängen von Desinformation und den Schutz der Meinungsfreiheit.

- Die Bundesregierung sollte sich für einen ausgewogenen Urheberrechtsrahmen einsetzen, der die **verantwortungsvolle Entwicklung von Künstlicher Intelligenz** (KI) fördert. Die Richtlinie von 2019 über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (EUCD) und der AI Act bilden hierfür bereits eine solide Grundlage. Eine **Überregulierung könnte Innovationen gefährden** und die Chancen von KI für unsere Gesellschaft behindern. Daher sollten bestehende Urheberrechtsgesetze beibehalten und der AI Act vollständig umgesetzt werden, um Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu gewährleisten. Konkret bedeutet das:
 - Förderung von Innovationen durch die Nutzung von KI in der Kreativwirtschaft.
 - Keine Lizenzgebühren für das Training von KI-Modellen mit öffentlich zugänglichem Material.
- Der **DSA** stellt ein ausgewogenes und europaweit gültiges Regelwerk dar, das klare Vorgaben für den Umgang mit illegalen Inhalten sowie Maßnahmen gegen systemische Risiken enthält. Das im Sondierungspapier erklärte Ziel, gezielte Einflussnahme auf Wahlen zurückzudrängen, ist ausdrücklich zu begrüßen. Neue nationale Transparenz- oder Diskriminierungsvorschriften würden jedoch nicht nur die Einheitlichkeit des europäischen Rechtsrahmens gefährden, sondern könnten auch in ein Spannungsfeld mit den Grundprinzipien der Meinungsfreiheit geraten. Daher sollte der **Fokus auf der konsequenten und rechtssicheren Umsetzung des DSA** auf europäischer und nationaler Ebene liegen.

4. Deutschland braucht eine starke digitale Infrastruktur. Das erfordert Investitionen in modernste Netze, Cloud und Rechenzentren. Und es braucht digitale Partnerschaften: Europäische Souveränität und transatlantische Kooperation sind zwei Seiten einer Medaille.

- Deutschland muss als attraktiver **Standort für Rechenzentren** gestärkt werden, um im globalen und europäischen Wettbewerb bestehen zu können. Das bedeutet:
 - **Genehmigungs- und Planungsprozesse** müssen vereinheitlicht, vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden, so sollte eine Genehmigung bei Fristüberschreitung automatisch als erteilt gelten (Genehmigungsfiktion).
 - Nachforderungen behördlicher Unterlagen sollten **auf ein angemessenes Maß beschränkt** sowie die gemeinsame Beantragung und Prüfung der Bau- und Immissionsschutzgenehmigung ermöglicht werden.
 - **Energieeffizienzgesetz anpassen:** Rechenzentren sollen konzeptionell die Nutzung von Abwärme vorsehen - eine Nutzung kann aber nur dann erfolgen, wenn es eine Abnahme gibt. Die aktuelle Regelung führt dazu, dass die fehlende Verfügbarkeit solcher Wärmenetze Unternehmen davon abhält, in die digitale Infrastruktur in Deutschland zu investieren. Eine Anpassung des Energieeffizienzgesetz dahingehend ist daher sinnvoll.
 - **Gesicherter Netzzugang:** Die Anschlussvereinbarungen zwischen Netzbetreibern und Kunden muss beschleunigt werden, um Planungssicherheit herzustellen.
- **Prinzipien des Internets aufrechterhalten:** Anstatt neue Regulierungen im Bereich der Funktionsweise des Internets bei der Zusammenschaltung von Netzen (IP Interconnection,

“Datenmaut“) einzuführen, sollte der **Fokus auf einem funktionierenden Markt und gezielten öffentlichen Interventionen** liegen. Die Bundesregierung sollte sich weiterhin für eine evidenzbasierte Politik im Rahmen des Digital Network Acts einsetzen. Stattdessen sollten gezielte Lösungen für spezifische Probleme, wie z.B. die Breitbandversorgung abgelegener Gebiete durch staatliche Beihilfen, priorisiert werden.

- Im Lichte der aktuellen geopolitischen Herausforderungen versteht sich Google als Partner auf Augenhöhe für eine skalierbare, resiliente und robuste Cloud-Infrastruktur. Die zentralen Schritte zur Erhöhung der IT-Sicherheit und Resilienz sowie zur Reduktion von Abhängigkeiten sollten zügig angegangen werden. **Diskriminierende politische Kriterien bezüglich des Unternehmenssitzes dürfen bei der Auswahl der besten Anbieter für Cloud-Lösungen nicht eingeführt werden**; Deutschland soll sich entsprechend in die Arbeiten zum **European Cybersecurity Certification Scheme (EUCS) einbringen**, andernfalls droht der Aufbau neuer Barrieren. Daher ist die richtige Zielsetzung: Die Bundesregierung fördert Digitalisierung und Innovation mit einer offenen Multi-Cloud-Strategie für nicht-staatlich betriebene Clouds, die exklusiv der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung stehen.
 - *Hintergrund:* Die Bekanntgabe der [Partnerschaft](#) von Google mit der **Schwarz Gruppe** (STACKIT) und der Arbeiten an souverän betreibbaren Cloud-Umgebungen verdeutlichen, dass bestimmte internationale Anbieter ihre Versprechen einlösen und Anforderungen an Unabhängigkeit, Wechselfähigkeit sowie höchste deutsche Datenschutzstandards (Daten-, Software- sowie Betriebssouveränität) entsprechen. Dazu hat Google vor wenigen Tagen eine strategische Partnerschaft mit dem **Bundesamt für Sicherheit** in der Informationstechnik (BSI) [unterzeichnet](#), um sichere und souveräne Cloud-Lösungen für die öffentliche Verwaltung zu fördern. Innovationskraft und höchste Sicherheitsanforderungen gehen hier Hand in Hand.

5. Deutschland braucht globale Talente. Um im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe zu bestehen, sind schnellere Visaverfahren, steuerliche Anreize und attraktive Rahmenbedingungen für Startups essenziell.

- Deutschland steht im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe. Eine **Vereinfachung des Startup-Visums** und **beschleunigte Visumsverfahren** sind notwendig, um Gründertalente anzuziehen und ihnen den Einstieg in Deutschland zu erleichtern.
 - **Einführung eines Steuervorteils für „Rückkehrer“**, der bereits in Frankreich und UK zu beachtlichen Erfolgen geführt hat: Angebot einer 5-jährigen Steuerermäßigung von 20 % für zurückkehrende deutsche Expats mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung im Ausland.
- Eine **Senkung der Kapitalertragssteuer für Startup-Exits** kann dazu beitragen, Investitionen in Deutschland attraktiver zu machen und die Rentabilität für Investoren zu erhöhen.
 - **Ausweitung des INVEST-Zuschusses**: Derzeit bietet der INVEST-Zuschuss eine Steuervergünstigung von 20 % auf Investitionen bis zu 250.000 €. Diese sollte auf 30 % erhöht und das Investitionslimit auf 500.000 € angehoben werden, um Anreize für größere Investitionen zu schaffen.
 - **Einführung einer Übertragungsregelung für Angel-Investoren**: Investoren sollten Verluste aus fehlgeschlagenen Investitionen bis zu 10 Jahre lang übertragen können, ähnlich wie in Großbritannien. Dies würde das Risiko im Zusammenhang mit Investitionen in der Frühphase verringern.
 - **Reduzierung der Kapitalertragssteuer auf Ausstiege aus Start-ups**: Senkung des Steuersatzes von 25 % auf 15 % für langfristige Investitionen (mindestens 5 Jahre gehalten) in Start-ups, in Übereinstimmung mit dem französischen Kapitalertragssteuersatz für qualifizierte Investitionen.